

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit unseren BONNnews möchten wir Sie über die Haltung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn zu wichtigen Themen in unserer Stadt informieren – insbesondere aus der Ratssitzung am 27. Mai.



Die SPD-Fraktion ist auch auf [facebook](#) vertreten. Besuchen Sie uns da, bringen Sie Ihre Ideen und Anregungen für unsere Stadt ein und diskutieren Sie über aktuelle Bonner Themen. Mir können Sie auch auf [twitter](#) folgen. So wissen Sie immer zuerst Bescheid und sind direkt am Puls der Zeit.

Wichtige Informationen aus unserer Stadt finden Sie auch in BONN Live, dem Newsletter der Stadtverwaltung, den Sie auf der Website www.bonn.de unter Service/Newsletter abonnieren können.

Mit freundlichen Grüßen
Wilfried Klein

WCCB - Ein Thema lähmt eine Stadt

Die nächste Episode von „WCCB – Ein Thema lähmt eine Stadt“ beginnt in der Ratssitzung am 27. Mai 2010 mit dem **Prolog um 18.28 Uhr**: Schwarz-Grün betritt die Bühne. Die WCCB-Debatte wird zu Beginn der Tagesordnung gebündelt, und es geht los mit dem altbekannten Rundumschlag, im Besonderen gegen OB Jürgen Nimptsch. Viel Blick in die Vergangenheit, zunächst wenig Beiträge zur Lösung des Problems.

Der Rat kommt in Fahrt.

20.12 Uhr: Jetzt schon fast zwei Stunden Debatte zum WCCB. Zum Teil interessante Beiträge, aber immer noch keine Lösung in Sicht. Stattdessen werden Verschwörungstheorien bemüht, Unterstellungen formuliert. Die Kultur des Misstrauens und des Verdachts feiert fröhliche Urständ. Lasst die Ermittler doch ihre Arbeit machen – d a s i s t *ihr* Job...

Kurzmeldungen

**Vertagt und verwiesen
Schwarz-Grün gefährdet
Arbeit des Kinder- und Ju-
gendrings - Feuerwehr
muss auf neue Feuerleit-
stelle warten**

Wenn die schwarz-grüne Ratsmehrheit gerade in irgendeiner Disziplin Rekorde aufstellt, dann in dem nicht-olympischen Zweikampf Vertagen und Verweisen über die Langstrecke. Und tatsächlich: Bei solchen Höchstleistungen kann man den sportlichen Ehrgeiz nicht verkennen. Schade nur, dass dadurch Maßgebliches auf der Strecke bleibt.

Da ist zum Einen der Kinder- und Jugendring, dessen Arbeit durch die Vertagung eines Förderantrags massiv und womöglich final bedroht ist. Ihm ruft die „Gestaltungsmehrheit“ in Person von Frau Paß-Weingartz beherzt zu, die Vertagung einer Entscheidung über Fördermittel für Personal, Gebäude und Ausstattung stelle in ihren Augen für den Träger keine Belastung dar.

Zum Anderen ist da der Neubau einer integrierten Feuerleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst am Lieveilingsweg. Die Entscheidung über die entsprechende Planung wurde an den Finanzausschuss verwiesen und damit zum wiederholten Male nicht beschlossen.

„Mit dieser Verzögerungstaktik will sich Schwarz-Grün
Fortsetzung auf Seite 2

Das retardierende Moment (20. 30 Uhr): Nach Momenten blitzender Gemeinsamkeiten zum WCCB - es muss fertig gebaut werden, weil das neue Bonn den UN-Standort stärken muss - ist die alte Schlachtordnung schnell wieder da.

Dann das Finale (21.10 Uhr): Fast drei Stunden lang wird immer wieder eine Stärkung der Projektsteuerung gefordert, weil nicht ausreichend leistungsfähig - und dann wird die entsprechende Vorlage zur Schaffung einer lange geforderten Stelle zur Projektleitung von Schwarz-Grün vertagt. Das verstehe wer will.

Was bleibt? Das **Fragezeichen...**

Bäder bleiben offen, Einsparziele sind aber noch nicht erreicht – SPD befürchtet: Bäderdiskussion geht in nächste Schleife

„Es war erkennbarer Wahnsinn, in diesem Jahr das Rüngsdorfer Freibad geschlossen halten zu wollen. Schwarz-Grün hatte mal wieder mehr aus der Hüfte geschossen denn eine Entscheidung mit kühlem Kopf zu treffen. Friesdorf wird kurzfristig geöffnet, Rüngsdorf folgt bis Anfang Juli – warum nicht gleich so“, fragt Wil-



Peter Kox,
sportpolitischer Sprecher der
SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Bonn

fried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, und zeigt sich erfreut darüber, dass die schwarz-grüne Rats-

mehrheit mit einer klassischen Rolle-Rückwärts ihren Fehler vom 17. Mai aus dem Projektbeirat Bäder im Finanzausschuss am 20. Mai korrigiert hat.

Enttäuscht sind die Sozialdemokraten aber darüber, dass mit dieser Entscheidung das Einsparziel bei den Bädern nicht erreicht werden wird. „Alleine mit der Schließung des Viktoriabades wird die Vorgabe nicht eingehalten. Daher wollten wir einen konkreten Auftrag an die Verwaltung erteilen, mit den SSF (für das Frankenbad) und den Freibadfreunden Friesdorf (für das „Friesi“) über eine Übernahme der Betriebsführerschaft bzw. des ganzen Bades zu verhandeln, um die restliche Einsparvorgabe unter Beibehaltung der Öffnung der Bäder zu erreichen. Der Beschluss des Finanzausschusses bleibt an dieser Stelle aber schwammig und letztlich unverbindlich. Was nun droht, ist, dass die Bäderdiskussion in die nächste
Fortsetzung auf Seite 3

über das Jahr 2010 retten: Notwendige Maßnahmen werden so lange in den Gremien hin- und hergeschoben, bis sie für den Haushalt 2010 nicht mehr relevant sind, weil der Baubeginn ins nächste Jahr vertagt werden muss“, erläutert Dieter Schaper, Sprecher der SPD-Ratsfraktion im SGB-Betriebsausschuss, die Entscheidungen zur Feuerwehr.

So hat die Koalition im Betriebsausschuss des SGB den überfälligen Neubau einer Feuerleitstelle ohne Votum in den Umweltausschuss zurückverwiesen. Und das obwohl das Thema auf Antrag der CDU schon von den Umweltpolitikern zum SGB geschickt wurde, wegen der dortigen Fachkenntnis. Der Leiter der Feuerwehr Jochen Stein beschwor den Ausschuss, das baufachliche Okay zu geben. Insbesondere die Investitionen zur Vernetzung der Kommunikation mit dem Rhein-Sieg-Kreis duldeten keinen Aufschub, betonte Stein. Schwarz-Grün lässt sich jedoch durch derartige Notwendigkeiten nicht von der lang erprobten Taktik des Aussitzens abbringen.

Elternbeiträge neu geregelt – Ungerechtigkeiten ausgeräumt

Der Rat hat am 27. Mai mit Mehrheit gegen die FDP eine Neuregelung der Elternbeiträge für KiTas und Schulen beschlossen. „Wir freuen uns über diese Entscheidung. Eine Neuregelung der Elternbeiträge haben wir in unserem Programm festgelegt und vorangetrieben. Dass sich nun andere für das Erreichte feiern, überrascht uns nicht“, kommentiert Gieslint Grenz, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat. „Für uns bleibt die Hauptsache, dass es endlich gerechter zugeht und die
Fortsetzung auf Seite 3

Schleife geht und eine Schließungsdebatte damit noch nicht vom Tisch ist. Das halten wir für gefährlich und trägt auch der Bereitschaft der Vereine nicht Rechnung, mehr Verantwortung für die Bäder zu übernehmen.“ Peter Kox, sportpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: "Unser Vorschlag hat konkrete Perspektiven eröffnet für die langfristige Konsolidierung der Bonner Bäderlandschaft ohne weitere Schließungen. Die schwarz-grüne Entscheidung ist - wieder einmal - eine verpasste Chance."

Die Ergebnisse aus dem Finanzausschuss legte die Stadtverwaltung bei der Ratssitzung am 27. Mai zur abschließenden Abstimmung vor. Per Änderungsantrag konnte die SPD noch erreichen, dass der konkrete Auftrag an die Verwaltung, für das Frankenbad mit den SSF zu verhandeln, doch beschlossen worden ist. Der Antrag, dass für das Freibad Friesdorf direkt mit dem Freibad-Freunden zu verhandeln ist, fand hingegen ebenso wie im Finanzausschuss leider keine Mehrheit.

Familien mit der neuen Beitragsstaffelung nach Einkommen und der übergreifenden Geschwister-Ermäßigung die Unterstützung erhalten, die sie brauchen. Einziger Wermutstropfen ist, angesichts der desolaten Haushaltslage unserer Stadt, die mit der systemübergreifenden Beitragsregelung verbundenen Beitragserhöhungen“, so

Google Street-View: Stadt erhebt Sondernutzungsgebühr für Straßen

Wenn Google für seinen Dienst Street-View im Bonner Stadtgebiet Kamerafahrten durchführen möchte, wird der Konzern ab sofort zur Kasse gebeten. Denn die Stadt erhebt für das „Befahren der Gemeindestraßen zum Zwecke der digitalen/ fotografischen Aufnahme bzw. Datenerhebung“ eine Sondernutzungsgebühr von 20 Euro pro angefahrenen Kilometer. Bei nicht wirtschaftlichen Zwecken, kann die Gebühr laut Stadt ermäßigt oder erlassen werden.

Auch weiterhin können Bürger Widerspruch gegen das Fotografieren ihres Hauses einlegen. Die entsprechende Vorlage stellt die Stadtverwaltung auf www.bonn.de unter Rat und Verwaltung bereit.

Bebauungsplan für die Rosenberg: Der Park bleibt!

An der Rosenberg werden neue Wohnungen in bildschöner Lage gebaut und der Park bleibt erhalten. Es geht doch. Der Widerstand hat sich also gelohnt. Werner Esser, planungs- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, hatte im Planungsausschuss die Verwaltung aufgefordert, einen Bebauungsplan mit Erhaltung des Parks vorzulegen und die Kessenicher
Fortsetzung auf Seite 4

Insolvenzverfahren Karstadt

SPD unterstützt Beschäftigte der Karstadt Warenhaus GmbH

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn wollte die Beschäftigten der Karstadt Warenhaus GmbH in der Auseinandersetzung um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze im laufenden Insolvenzverfahren unterstützen. „Wir wollten per Antrag dafür sorgen, dass die Stadt auf die im Rahmen des Insolvenzplans entstehenden Gewerbesteuern verzichtet. Dieser Antrag ist nur von FDP

und Linken unterstützt worden. Die Ratsmehrheit war nicht bereit, diesen Weg zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Standort mitzugehen“, betont Wilfried Klein, Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Bonn. Eine Verzichtserklärung der Stadt gab es nicht. Man war lediglich bereit, die virtuelle Steuerforderung zu stunden.

SPD-Fraktion kämpft um die Rettung des Haushalts

Die SPD-Fraktion wird nicht müde in ihrem Kampf gegen den Nothaushalt. So lag auf Initiative der SPD die Überarbeitung der Parkgebührenordnung dem Rat am 27. Mai zur Abstimmung vor. Die Verwaltung wird beauftragt, die Parkgebüh-

renordnung für das oberirdische Parken in Bonn zu überarbeiten – mit dem Ziel, die Gebühren angemessen anzuheben und weitere Flächen in die gebührenpflichtige Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen. Die Gebühren
Fortsetzung auf Seite 4

für überirdisches Parken sind schon seit 1996 nicht mehr angehoben worden und gerade jetzt würde der Stadt diese Finanzspritze mehr als gut tun.

Weitere SPD-Anträge zum Haushalt:

Die Prüfung einer Übertragung des Kanalnetzes an ein kommunales Unternehmen wurde im Hauptausschuss mit Mehrheit gegen den BBB befürwortet. Die Stadtverwaltung ist nun beauftragt, 1. darzulegen, welche Auswirkungen eine solche Übertragung hat, und 2. in Finanz- sowie Bau- und Vergabeausschuss über die in der Vergangenheit bereits vorgenommenen Prüfungen zu berichten. In Schwerte, Köln und Wuppertal sind die Verwaltungen diesen Schritt bereits gegangen und konnten so zusätzliches Geld in die Stadtkasse spülen.

Auf Initiative der SPD hat der Hauptausschuss die Stadtverwaltung beauftragt, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die (oberirdische) Parkraumbewirtschaftung ganz oder teilweise von einem kommunalen Unternehmen durchgeführt werden kann. Dabei sollen alle Kosten aufgeführt werden – veranschlagte und gegebenenfalls einzusparende. Die Prüfung soll nicht nur auf die oberirdische Parkraumbewirtschaftung beschränkt bleiben, sondern ergebnisoffen gestaltet werden. In Absprache mit den Stadtwerken sind auch die Parkgaragen in die Untersuchung einzubeziehen. Die Belange der örtlichen Wirtschaft, ins-

besondere des Bonner Einzelhandels, sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

In der Ratsitzung im Juli wird die Verwaltung eine Vorlage zur sogenannten „Sexsteuer“ im Sinne des Antrags der SPD-Fraktion zur Entscheidung vorlegen. Die Stadt Köln hat in Zeiten knapper Kassen durch dieselbe Erweiterung der Vergnügungssteuer-Satzung in 2009 eine Einnahmeerhöhung von 800.000 Euro erzielt. Die Kulturförderabgabe für Hotelübernachtungen (oder kurz „Bettensteuer“) in der Höhe von 5% des Übernachtungspreises ist leider im Finanzausschuss gegen die Stimmen der SPD und der Linken vorerst gescheitert. Mit der „Bettensteuer“ wären bei z.B. 1 Mio. Mehreinnahmen in Höhe von bis zu 3 Mio. Euro für den städtischen Haushalt erzielt worden. Mit diesem Geld hätten die Einbußen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes, das u.a. den Umsatzsteuersatz für Hotelübernachtungen um 12 Prozentpunkte senkt, zum Teil kompensiert werden können. Durch diesen und weitere Punkte verliert Bonn 4 Mio. Euro.

Bürgerinnen und Bürger zu einer Ortsbegehung eingeladen. Am 27. Mai hat nun der Rat diesen neuen Bebauungsplan beschlossen, nach dem der Park erhalten wird.

Gläserne Stadtverordnete: SPD veröffentlicht wie in den Vorjahren mandatsbedingte Einnahmen

„Die Bonner haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wie viel die von ihnen gewählten Ratsvertreter für ihre Tätigkeit erhalten. Wir brauchen keine Transparenz-Debatten; wir praktizieren sie!“, erklärt Wilfried Klein, Vorsitzender der SPD-Fraktion. Daher machen die Mitglieder der SPD-Ratsfraktion ihre mandatsbedingten Einnahmen seit vielen Jahren öffentlich. Ab sofort können interessierte Bürgerinnen und Bürger die neuesten Angaben auf der Internetseite www.spd-bonn-im-rat.de unter Fraktion nachlesen.

Die Arbeit im Rat, in Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirksvertretungen ist keine hauptamtliche Tätigkeit. Sie wird von den Stadtverordneten neben dem Beruf geleistet und ist mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden. Daher bekommen die Ehrenamtlichen von der Stadt eine Aufwandsentschädigung ausgezahlt. Die Bescheinigungen über diese Zahlungen sind nun auf der SPD-Fraktions-Homepage bei den Daten der einzelnen Ratsmitglieder zu finden.

Termine - Termine - Termine - Termine

Dienstag, 01.06.10, 18 h

**Sondersitzung
Jugendhilfeausschuss
Schulausschuss
Sozialausschuss**
(Stadthaus, Ratssaal)

Dienstag, 01.06.10, 15 h

Landschaftsbeirat

Stadthaus,
Sitzungssaal I

Wer den Bonn-Ausweis erhalten will, muss sich jetzt dazu bekennen.
Ausstellungszeitraum ändern und Bearbeitungsaufwand senken - Diskussion um ein VRS-weites Sozialticket reines Ablenkungsmanöver

„Wir arbeiten auf Hochtouren am Haushalt und von Schwarz-Grün kommt wenig bis nichts. Die Erhaltung des Bonn-Ausweises steht ganz oben auf unserer Agenda. Und wer den Bonn-Ausweis erhalten will, muss sich jetzt dazu bekennen“, fordert Bernhard „Felix“ von Grünberg, Mitglied des Landtags und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion. Von Grünberg und Uschi Salzburger, stellvertretende sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion stellen klar: „Das Leistungsangebot des Bonn-Ausweises darf auf keinen Fall eingeschränkt werden. Dafür kämpfen wir.“
Kernpunkt des Bonn-



Bernhard „Felix“ von Grünberg,
Mitglied des Landtags und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Ausweises ist die verbilligte Nutzung von Bus und Bahn. Diese muss auch weiterhin erhalten werden. „Die Diskussion um ein VRS-weites Sozialticket ist ein reines Ablenkungsmanöver. Kurzfristig wird es ein solches Ticket nicht geben. Die Diskussion wurde gerade erst angestoßen und ein Gutachten in Auftrag gegeben. Bisher ist die Finanzierung völlig unklar“, betont Werner Esser, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Auch andere Modelle müssen einstimmig von allen Beteiligten im VRS getragen werden“, erinnert Esser, der auch Mitglied der VRS-Gremien ist. „Die Finanzierung ist hierbei völlig offen.“

Zum Bonn-Ausweis hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn Anfang Mai einen Dringlichkeitsantrag in den Sozialausschuss eingebracht. Uschi Salzburger erläutert die Hintergründe: „Nach den Richtlinien des Rates wird die Gültigkeit des Bonn-Ausweises nur für einige



Uschi Salzburger,
stellv. sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Monate festgelegt. Sie ist gekoppelt an die Geltungsdauer der Hilfen zum Unterhalt und die beträgt sechs Monate. Der größte Teil der Bonner Bürger, die Anrecht auf einen Bonn-Ausweis haben, haben dieses jedoch für ein Jahr und länger. Wir beantragen daher, dass der Ausstellungszeitraum grundsätzlich auf ein Jahr festgelegt wird. Nach Aussage der Verwaltung könnte so der Bearbeitungsaufwand um 35% und mehr gesenkt und damit die anteiligen Personalkosten gespart werden.“ Der SPD-Antrag wurde in die kommende Sitzung des Ausschusses am 24. Juni vertagt.

Straßenprostitution

Neue Erkenntnisse – Null Reaktion

SPD fordert neue Diskussion auf neuem Wissensstand

„Ich begrüße, dass die Verlegung an die Immenburgstraße im Sozialausschuss nicht befürwortet wurde. Allerdings fordere ich mehr als das. Nach den Aussagen der ansässigen Unternehmen in den vergangenen Wochen und

dem Sperrbezirk-Beschluss des Regierungspräsidenten sollten wir eine neue Diskussion führen. Leider sind die übrigen Fraktionen beratungsresistent und weder willens, noch in der Lage, sich zu einer Reaktion auf

die neuen Erkenntnisse zu bewegen“, so Uschi Salzburger, SPD-Ratsfrau und Vorsitzende des Sozialausschusses.

Das Weiterschieben in den Rat nahm die
Fortsetzung auf Seite 6

SPD-Fraktion zur Gelegenheit für einen Änderungsantrag, nach dem der Ratsbeschluss zur Verlegung der Anbahnung an die Immenburgstraße aufgehoben wird. Der Status Quo mit der Anbahnung am alten Ort zwischen 20 Uhr und 6 Uhr hat sich bewährt und soll beibehalten werden. „Im Rat sollte jeder die Möglichkeit haben, sich zu den neuen Argumenten zu verhalten. Jeder musste sich mit den gefährdeten Arbeitsplätzen, dem Zurückziehen der Unternehmen aus ihrem bisherigen politischen Engagement und auch mit den Anwohnern auseinandersetzen“, ergänzt Salzburger.

„Denn jetzt bestätigt sich, dass wir mit unserer Einschätzung von Anfang an richtig lagen“, kommentiert Bernhard „Felix“ von Grünberg, der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Die Unternehmen werden ihre Konsequenzen ziehen, wenn die Stadt ihnen ein Anbahnungsgelände vor die Tür setzt. CDU und Grüne hat das nie interessiert. Wir wollten die wirtschaftlichen Konsequenzen der Verlagerung bereits im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit diskutieren. Schwarz-Grün hat das damals schon nicht für nötig

befunden und deshalb abgelehnt.“

In der Ratssitzung wurde ein Weiterkommen im Themenkomplex Straßenstrich allerdings ein weiteres Mal ausgebremst. „Dass sich Schwarz-Grün nicht um die Arbeitsplätze im Gewerbegebiet Endenich West kümmern würde, war zu erwarten. Verwundern muss jedoch, dass der Beschluss zur Beibehaltung des Status quo wiederum nicht behandelt wurde“, empört sich Salzburger nach der Sitzung. „Man muss sich vor Augen führen, was hier abzuwägen ist: Auf der einen Seite die Interessen von Universitäts- und Betriebsangehörigen, die sich möglicherweise an einigen Tagen des Jahres nach 20.00 Uhr belästigt fühlen; auf der anderen Seite die Interessen der Unternehmen in einem der ältesten Bonner Gewerbegebiete. Das Interesse derer, die sich in Kenntnis des bestehenden Straßenstrichs hier preiswert angesiedelt haben, wird höher bewertet, als das derer, die sich nach 50 Jahren nun auf einen Straßenstrich werden einstellen müssen. Das darf man nicht vergessen und deshalb kämpfe ich weiter für die Anbahnung an der alten Stelle“, so Salzburger

Bahnhofsvorplatz/ Südüberbauung

Will Schwarz-Grün städtische Flächen ohne Ausschreibung vergeben? – Stadtverwaltung teilt Position der SPD

„Das ist schon ein starkes Stück, was Schwarz-Grün hier abliefert. Wir wollen alle am Bahnhofsbereich weiterkommen. Dies geht nur in einem geordneten Verfahren, in dem städtische Interessen gewahrt bleiben“, kommentierte Werner Esser, planungs- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, nach der Sitzung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz am 28. April.

Mit Beschluss des Planungsausschusses zu den Grundzügen eines Verkehrskonzeptes wurde ein weiterer Baustein in der Entwicklung des Areals im Bahnhofsbereich Bonn geschaffen. Nun galt es, die Eckpunkte einer Ausschreibung festzulegen. CDU und Grüne schienen jedoch von einer Ausschreibung nichts mehr wissen zu wollen. Stattdessen beschlossen sie mehrheitlich gegen SPD, Linke und BIG, die Verwaltung zu beauftragen, einen städtebaulichen Vertrag mit dem Investor für den Bereich zwischen Thomas-Mann-Straße und dem neuen ZOB vorzubereiten.

Konkret benannt wird dieser Investor nicht. So kann keine Überprüfung, wie zum Beispiel eine Bonitätsprüfung, Fortsetzung auf Seite 7

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine

Dienstag, 01.06.10, 18 h

Sondersitzung Schulausschuss

Stadthaus, Ratssaal

Mittwoch, 02.06.10, 18 h

Rechnungsprüfungsausschuss

Stadthaus, Sitzungsraum I

Dienstag, 08.06.10, 18 h

Integrationsrat

Stadthaus,
Sitzungsraum I

Bebauungsplan „Im Mühlenbruch“

Ausbluten von Oberkassel verhindern! – Das Einkaufszentrum schützen

Rat Königswinter will "Im Mühlenbruch" Einzelhandel zulassen

"Ich kann der Verwaltung nur zustimmen und sie eindringlich darum bitten, alles zu unternehmen, um ein weiteres Ausbluten des Einzelhandelsstandortes Oberkassel zu verhindern." Mit diesen Worten unterstützt Ralf Laubenthal eine Beschlussvorlage der Stadt Bonn, die am 27. Mai im Rat beschlossen wurde und in der diese zu einem Bebauungsplan der Stadt Königswinter Stellung nimmt. Die dortigen Ratsherren wollen den Bebauungsplan "Im Mühlenbruch" ändern und wieder Einzelhandel zulassen. Konkret soll dort ein Drogeriemarkt gebaut werden.

"Seit Jahren bauen unsere Nachbarn dort einen Markt nach dem anderen und scheuen sich überhaupt nicht darum, welche fatalen Folgen das für unsere Geschäftsleute hat. Mit dieser Änderung ist der weiteren Zersetzung unserer Nahversorgung Tür und Tor geöffnet", ärgert

sich der SPD-Bezirksverordnete. Bereits 2005 hat die Stadt Bonn ihre Bedenken gegen den Einzelhandel in den Gewerbegebieten in Niederdollendorf geäußert. Trotz aller Einwände – sogar aus der Verwaltung Königswinter – soll jetzt diese Änderung durchgeführt werden, obwohl dies nach Informationen der Stadt Bonn rechtlich sehr fragwürdig ist.

"Alleine im letzten Jahr haben wir in Oberkassel drei Ladenlokale verloren. Der Edeka-Markt hat geschlossen und auch ein Postenmarkt konnte sich dort nicht etablieren. Wenn jetzt weiterer Einzelhandel „Im Mühlenbruch“ angesiedelt wird, entzieht dies dem Beueler Süden noch mehr Kaufkraft. Dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann in den Oberkasseler Geschäften die Lichter ausgehen", so Laubenthal weiter.

stattfinden. „Die SPD besteht auf einer Ausschreibung. Zugunsten der Transparenz, zur Wahrung städtischer Interessen und des Vergaberechts und auf Grund der bisherigen Beschlüsse muss eine Ausschreibung erfolgen“, so Esser anschließend weiter.

Zur Sitzung des Rates am 27. Mai legte die Stadtverwaltung nun eine Beschlussvorlage vor, die der Empfehlung des Ausschusses *nicht* folgt. Denn entgegen der Entscheidung von Schwarz-Grün besteht nach wie vor eine Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung der Arbeiten. Nun wurde die Vorlage durch den Rat in den Planungsausschuss zurückverwiesen.

Impressum:

newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Mai 2010

V.i.S.d.P.: SPD-Stadtratsfraktion, Andrea Kanonenberg,

Markt 2, 53111, Bonn,

Tel.: 775101,
Internet: <http://www.spd-bonn-im-rat.de>, E-Mail: spd.ratsfraktion@bonn.de.